

FALCO - THE SHOW
DIE GROSSE LIVE-SHOW MIT ALLEN HITS
ROCK ME AMADEUS • JEANNY
wiener stadthalle 13.03.19 • Mi 20 Uhr

Zeitreisen

Was Kaiser Franz Joseph zu Weihnachten anno 1887 Adeligen schenkte

Beilage

Weihnachtsalben

William Shatner, Rolando Villazón und Eric Clapton feiern Bescherung

Seite 25

Neue Medien

Manchmal wollen wir Lügen hören, meint Philosophin Anne Siegetsleitner

Seite 28

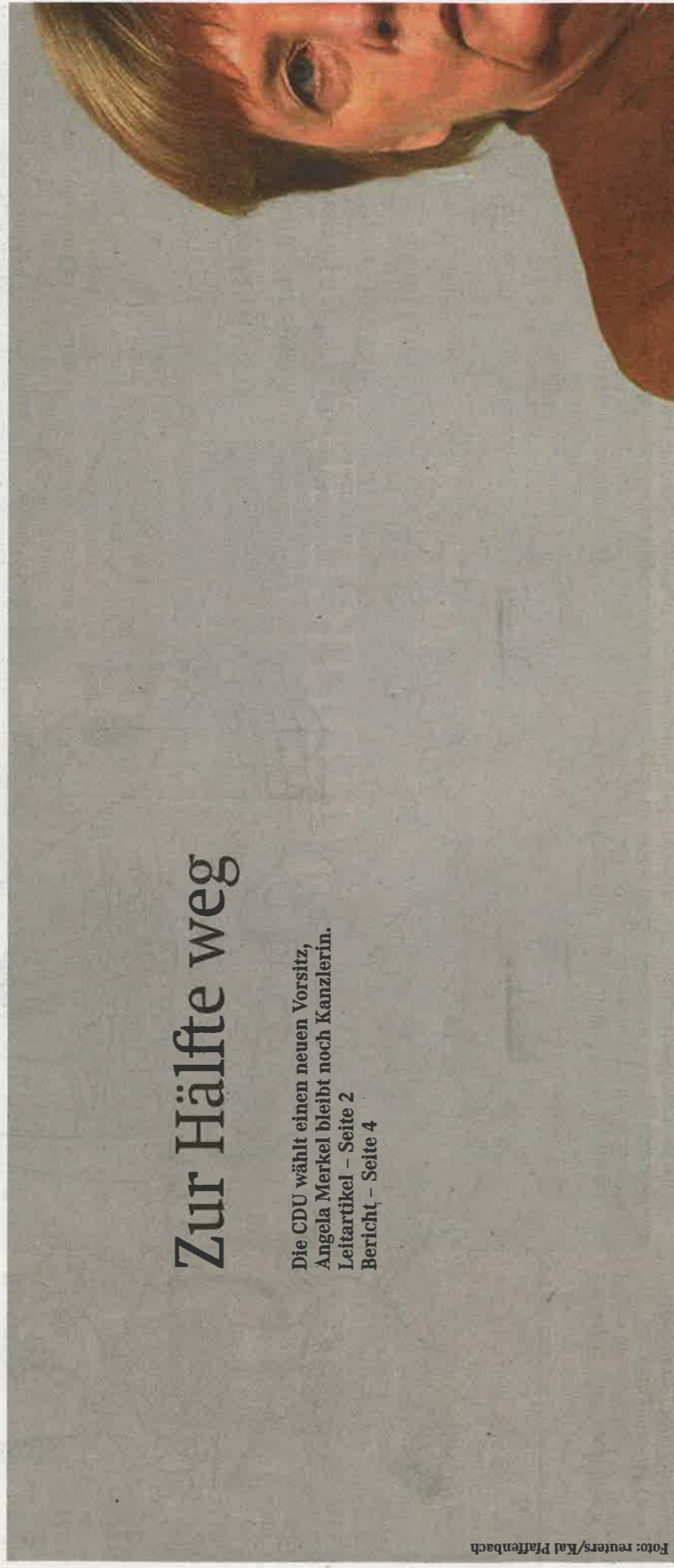


Foto: Reuters/Kal Pfaffenbach

Zur Hälfte weg

Die CDU wählt einen neuen Vorsitz, Angela Merkel bleibt noch Kanzlerin. Leitartikel - Seite 2 Bericht - Seite 4

Welches Recht schafft der Migrationspakt?

Das UN-Dokument soll nächste Woche in Marokko bestätigt werden - trotz politischer Debatte um die Zuwanderung.

Marrakesch/Wien/Brüssel. Wenn am kommenden Montag die Mitglieder der Vereinten Nationen zu einer Staatenkonferenz zusammenkommen, wird diese wohl weniger feierlich ausfallen als ursprünglich geplant. Denn der UN-Migrationspakt, der dabei bekräftigt werden soll, hat in den vergangenen Wochen für hitzige poli-

tische Debatten in etlichen Staaten gesorgt. Mittlerweile haben sich einige Länder von der Vereinbarung distanzieren. Dazu gehören neben Österreich, Ungarn und Polen auch die Slowakei, Tschechien und Bulgarien. Auch die USA, Australien und die Dominikanische Republik wollen nicht zustimmen. Sie be-

fürchten unter anderem, dass der Pakt - obwohl nicht verbindlich - zu einer rechtlichen Verpflichtung werden könnte. Im Völkerrecht kann dies durchaus geschehen: Ein prominentes Beispiel dafür ist die Deklaration der Menschenrechte vor 70 Jahren, die heute wie „hartes Recht“ angewandt wird. Dass dies auch beim

Migrationspakt passieren könnte, glauben etliche Juristen nicht: Dem stehe die Politik vieler Einwanderungsländer entgegen.

Frontex-Ausbau stockt

Wie zäh die Suche nach Lösungen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik ist, zeigte auch ein Treffen der EU-Minister in Brüs-

sel. Dort wurde klar, dass der geplante Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf 10.000 Mitarbeiter stockt. Er soll erst 2027 vollzogen sein. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatten auf eine Aufstockung bis 2020 gedrängt. ■

Seiten 3 und 4

Strabag überlegt in Südafrika Rückzug bei Brückenprojekt

Pretoria. Es sollte die höchste Brücke des afrikanischen Kontinents werden. Doch der Baubeginn des Prestigeprojekts der Strabag International wird seit einem Monat von der Bevölkerung blockiert. Diese wirft dem Konzern und der südafrikanischen Straßenbau-Agentur Sanral vor, sie nicht genügend eingebunden zu haben und nur über einen mangelhaften Umweltbescheid zu verfügen.

Die Strabag hat der Widerstand der Bevölkerung nach eigenem Bekunden überrascht. Falls sich die Probleme nicht bald lösen, überlegt der Konzern, von dem Prestigeprojekt zurückzutreten. ■

Seite 7

Ziviltechniker fordern Anpassung der Baunormen

Wien. Übermäßig hohe Standards bei Baunormen treiben die Preise und damit auch die Mieten in die Höhe, beklagt die Ziviltechnikkammer. „Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir wirklich möchten, dass auch dem unwürdigsten Menschen unter keinen Umständen etwas geschehen kann“, erklärte Kammerpräsident Erich Kern im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Die Kammer will nun alle Vorschriften neu evaluieren und die Baukosten reduzieren, ohne das Schutzniveau zu verringern. Denn bei vielen Vorschriften fehle die sachliche Begründung, so Kern.

Letztlich stehen den Kritikern zufolge übertriebene Vorschriften dem Begriff „leistbares Wohnen“ entgegen, der es mittlerweile sogar in die aktuelle Novelle der Wiener Bauordnung geschafft hat. Nämlich als das Bedürfnis der Wiener nach „zeitgemäßem und leistbarem Wohnen“. ■

Seite 17

Konjunktur verliert bis 2020 zunehmend an Fahrt

Für Österreich rechnen die Ökonomen der Bank Austria mit knapp 2 Prozent Wachstum im kommenden Jahr.

Wien. Die globale Konjunktur köchelt, aber dieses Köcheln wird zunehmend schwächer. Geht es nach den Volkswirten der Bank Austria, wird die Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 weltweit weiter an Fahrt verlieren. Insbesondere für die USA rechnen sie für Mitte 2020 nach einem extrem langen Aufschwung mit einer milden Rezession. Österreich sollte in den nächsten beiden Jahren dank solider Binnennachfrage wirtschaftlich besser abschneiden als die Eurozone und Deutschland. Nach einem BIP-Plus von 2,7 Prozent im heurigen Jahr prognostizieren die Bank-Ökonomen für 2019 ein Plus von knapp 2 Prozent und für 2020 dann plus 1,5 Prozent.

Die Phase niedriger Zinsen wird wohl noch längere Zeit bestehen bleiben. Das Ende der EZB-Nullzinspolitik kommt nach Einschätzung der Bank Austria erst Anfang 2020. Erwartet wird lediglich eine Anhebung des Leitzinseszinses auf 0,25 Prozent. **Opec will Förderung drosseln** Unterdessen ringt das Ölkartell Opec vor allem mit Russland um eine Drosselung der Fördermenge, um den Preis des Rohstoffs zu stabilisieren. Beim Opec-Treffen in Wien habe es dazu eine grundsätzliche Einigung gegeben, verlautete am Donnerstag aus Verhandlungskreisen. Es gibt aber noch offene Punkte. So müssten sich die Staaten noch über das konkrete Ausmaß der Drosselung verständigen. Um dies zu können, solle der Beitrag Russlands abgewartet werden. Der Ölpreis ist seit Oktober um rund ein Drittel abgestürzt - vor allem wegen eines Überangebots. ■

Seiten 7 und 9

Heute

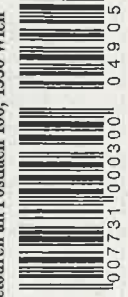
Was Christoph Wiederkehr als Wiener Neos-Chef vorhat. Seite 19
Die Computerspiele-Highlights des kommenden Jahres. Seite 20

Kommentare

Walter Hämmerle: Verunsicherte Volksparteien. Seite 2
Christian Ortner: Die Gefahr der deutschen Energiewende. Seite 2
Franz Schandl: Grüne Nachbarn und ihre Sorgen. Seite 15
Paul Kellermann: Die Frage der Pensionssicherung. Seite 16
Christoph Rella: Der ÖSV ist auf der Erfolgsspur zurück. Seite 24
Christina Böck: Ein böser alter Weihnachtsbit. Seite 26

Wetter

	Min.	Max.
Wien	2°	10°
Bregenz	8°	11°
Eisenstadt	2°	11°
Graz	1°	10°
Innsbruck	2°	8°
Klagenfurt	-2°	6°
Linz	6°	10°
Salzburg	6°	10°
St. Pölten	6°	11°



Neuer Wiener Neos-Chef will auf keinen Fall FPÖ-Regierungsbeteiligung

Seite 19

Die „Wiener Zeitung“ stellt die Videospieldetails 2019 vor

Seite 20

Stressige Zeiten vor Weihnachten im alpinen Ski-Weltcup

Seite 24



Foto: Köstner

„Machbares vom Nötigen unterscheiden“

Übermäßig hohe Standards bei Baunormen treiben die Preise und damit auch die Mieten in die Höhe. Auch würde bei vielen Vorschriften die sachliche Begründung fehlen, meint die Ziviltechnikerkammer.

Von Alexander Maurer

Wien. Der Begriff „leistbares Wohnen“ ist seit Jahren fester Bestandteil des politischen Diskurses in der Bundeshauptstadt, sei es im Rahmen einer sachlichen Diskussion oder als Kampfrhetorik. Mietrechtsreformen werden insbesondere von Sozialdemokraten, Grünen und ihnen nahestehenden Organisationen wie der Arbeiterkammer regelmäßig gefordert, in der Endphase des Nationalratswahlkampfes 2017 drohte die Wiener Stadtrregierung sogar mit Volksentscheid.

Klassische diskutierte Stellhebel sind die Abwälzung der Maklerprovision auf die Vermieter, eine Deckelung des Mietzinses oder wie jüngst von der designierten SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner gefordert – eine Streichung der Mehrwertsteuer auf Mieten. Der Begriff „leistbares Wohnen“ hat es mittlerweile sogar in die aktuelle Novelle der Wiener Bauordnung geschafft. Nämlich als das Bedürfnis der Wiener nach „zeitgemäßem und leistbarem Wohnen“ – freilich, ohne genau zu definieren, was leistbar bedeutet.

Trotzdem sind Bauordnungen und zahlreiche Richtlinien und Standards im Wohnbau als potenzielle Kostentreiber hingegen ein weniger prominentes Thema. Dabei gäbe es hier mehr als genug zu diskutieren. Denn neben der Wiener Bauordnung sind auch die Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik ausschlaggebend, da sie durch die Wiener Bautechnikverordnung verbindlich sind.

Darüber hinaus sind eine Vielzahl an Normen bis hinab zu Bauteilsdetails und einzelnen Bauteilen sowie harmonisierte EU-Normen zu berücksichtigenden, wird bei der

Baupolizei MA37 auf Anfrage betont. „Wie bei allem braucht es auch bei Baunormen, ihren Kosten und ihrer Zeitgemäßheit eine sachliche Diskussion. Diese ist oft nur schwer möglich, da viele Debatten emotional geführt werden“, meint Erich Kern, Präsident der Ziviltechnikerkammer, im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

Kritik an bestimmten Normen als Kostentreiber, wie dem verpflichtenden Aufzugbau ab zwei Stockwerken, wie sie jüngst Karl Wurm, Obmann des Verbands gemeinnütziger Bauträger geäußert hat, kann Kern nachvollziehen, er möchte sich aber nicht auf bestimmte Regelungen festlegen.

„Gold Plating“ bei Förderrichtlinien

Außerdem betreffen Baunormen und Richtlinien als Kostenfaktor nicht nur den geförderten Wohnbau, auch wenn dieser oft in den Fokus der Diskussion rückt. In Wien drückt die hohe Anzahl an Gemeindefamilienwohnungen sogar die durchschnittlichen Wohnkosten. Diese betragen Ende 2017 laut Statistik Austria 7,99 Euro pro Quadratmeter, im Vergleich zu 2007 eine Steigerung um 41 Prozent. Wien weist damit aber immer noch die vierthöchsten Durchschnittsmieten hinter Salzburg (9,17 Euro), Vorarlberg (8,80 Euro) und Tirol (8,47 Euro) auf. Laut Daten des Portals immowelt.at betragen hingegen die durchschnittlichen privaten Mietkosten in Wien 13,10 Euro pro Quadratmeter. Damit ist die Donaumetropole nur um zehn Cent billiger als Spitzenreiter Salzburg.

„Die Baunormen gelten sowohl gleichermaßen für private als auch gemeinnützige Bauträger. Der einzige Unterschied sind die Förderrichtlinien für den sozialen

Wohnbau“, erklärt Kern. Hier werde jedoch oftmals „gold plating“ gegenüber der Baunorm, sprich die Verschreibung viel strengerer Standards, betrieben. Diese würden dann aber mitunter auch wieder gelockert, merkt er an. „Beispielsweise lag Dämmenschutz im geförderten Wohnbau früher über dem Niveau der Baunorm. Dort sind die Standards aber bereits so hoch, dass die Förderrichtlinien dahingehend herabgesetzt wurden“, erzählt er.

„Es ist also schon sehr viel geschehen. Die Diskussion um Baunormen und OIB-Richtlinien wird bereits seit einigen Jahren auf allen Ebenen in einem Ausmaß geführt, wie ich es früher nicht gekannt habe“, merkt Kern lobend an. Bei der MA37 verweist man in diesem Punkt auf das 2016 gegründete Dialogforum Bau von Austria Standards und der Bundesinnung Bau der Wirtschaftskammer, das die Vereinfachung von Regelungen zum Ziel hat.

„Die Vorschriften im Hochbau sollten messbar gemacht werden.“

Erich Kern, Präsident der Ziviltechnikerkammer

Die Ziviltechnikerkammer habe sich außerdem zum Ziel gesetzt, bestehende Baunormen und OIB-Richtlinien grundlegend zu evaluieren. „Wir als Kammer unterstützen, welche Niveaus hinter all den Anforderungen stehen. Was nützt uns eine Vorschrift, welche das Sicherheitsniveau in einem Teilbereich um Potenzen höher legt, als jenes für die Standfestig-

keit des gesamten Gebäudes. Hier bringt es nichts mehr, die Anforderungen noch weiter in die Höhe zu schrauben. Da geben wir das Geld an der falschen Stelle aus. Die Vorschriften im Hochbau sollen daher messbar gemacht werden. In vielen Bereichen sind sie das noch nicht. Welches Sicherheitsniveau sich zum Beispiel hinter der Forderung verbirgt, dass ein Fluchtweg maximal 40 Meter lang sein darf, ist nicht bekannt. Damit kann man aber weder der gleichwertig abweichen noch eine Diskussion darüber führen, ob diese Anforderung überzogen ist oder nicht.

Billiger heißt nicht immer unsicherer

Und das gilt für viele Bereiche des Hochbaus. Nicht nur für die Sicherheit. Hundertprozent sind nämlich auch bei der Barrierefreiheit nicht machbar. Eine sachliche Diskussion über die Verhältnismäßigkeit bestimmter Vorschriften, ohne zu wissen, was sie konkret bedeuten, ist nicht möglich“, meint Kern. „Man sollte das Machbare vom Notwendigen unterscheiden“, betont Kern. Oft werde dort investiert, wo Standards bereits ausreichend hoch seien, anstatt die Mittel andersorts einzusetzen, wo mehr erreicht werden könnte. Insbesondere bei immer weiter steigenden Sicherheitsauflagen würden die Menschen mitunter zur Sorglosigkeit erzogen.

„Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir wirklich möchten, dass auch dem unvorsichtigsten Menschen unter keinen Umständen etwas geschehen kann. Wenn wir uns nämlich zu sehr daran gewöhnen, werden wir provokant gesagt, im schlimmsten Fall diese Auflagen wirklich einmal brau-

chen, weil wir verlernt haben, aufzupassen“, meint er. Auch bei der Wiener Baupolizei bestätigt man, dass an Maßnahmen gearbeitet werde, Baukosten zu verringern, ohne das Schutzniveau zu verringern. Im Rahmen des Ende November beschlossenen Entwurfs der Bauordnungsnovelle 2018 werde beispielsweise die Möglichkeit geschaffen, nicht benötigte Pflichtstellplätze für Fahrzeuge aufzulassen, wenn sie in zehn Jahren weniger als die Hälfte der Zeit genutzt werden.

Auch werde von Erleichterungen bei der Anzahl der Pflichtstellplätze gesprochen, wenn Wohnungen in bestehenden Gebäuden errichtet würden. Zugleich fällt die Pflicht, Einlageungsstellen in Wohnhäusern einzuplanen. Was die Aufzugpflicht angeht, müssen diese nachträglich bei „unverhältnismäßigem Aufwand“ nicht mehr eingebaut werden. In zweigeschossigen Gebäuden kann unter bestimmten Voraussetzungen auch einfach ein Treppenlift installiert werden.

Übrigens sind auch stark steigende Bodenpreise/wirtschaftliche Kostentreiber, die neben Immobilien Spekulation und steigenden Mieten auch zum Abriss von Gründerzeithäusern beitragen, wie auch Stadtsoziologe Christoph Reinprecht unlängst in der „Wiener Zeitung“ ausführte. Um hier anzusetzen, wurde in der Bauordnungsnovelle die Flächenwidmungskategorie „geförderter Wohnbau“ eingeführt. Bei dieser sind die Grundstückskosten mit 188 Euro pro Quadratmeter gedeckelt, der höchstzulässige Hauptmietzins liegt bei 4,97 Euro. Dieser ist allerdings an den Verbraucherpreisindex der Statistik Austria gekoppelt, kann also mit diesem ansteigen. ■